

Polarisierung der demokratischen Öffentlichkeit und Legitimationsverlust der Demokratie

Johannes M. Kiess

Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunkanstalten und heute natürlich auch Onlineportale sowie soziale Medien nehmen eine zentrale Rolle in demokratischen politischen Systemen ein. Über sie informieren sich die Bürgerinnen über aktuelle politische Geschehnisse und sie sorgen so überhaupt erst dafür, dass informierte (Wahl-)Entscheidungen getroffen werden können. Zu dieser wichtigen Rolle zählt auch die Kontrollfunktion der Medien gegenüber Staat und Regierung, weshalb sie gerne als »vierte Gewalt« bezeichnet werden. Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist die Pressefreiheit verfassungsmäßig garantiert, das heißt, der Staat darf Berichterstattung nicht oder nur unter sehr strengen Regeln (etwa durch Versuche der Geheimhaltung zum Schutz des Gemeinwohls) unterbinden. Ohne demokratische Öffentlichkeit und öffentlichen Meinungs Austausch gibt es keine Demokratie.

Über die institutionelle Stellung und Funktion hinaus haben die Medien zudem eine soziale Funktion: Sie stellen in komplexen Gesellschaften Vertrauen her. Zunächst ist jede/r Einzelne auf die Komplexitätsreduktion und Filterfunktion der Medien angewiesen. Ohne diese kämen wir in der Flut von Ereignissen und Informationen nicht zurecht. Einerseits beruht diese Filterfunktion auf Vertrauen. Andererseits stellen die Medien so Vertrauen her. Dabei geht es nicht nur um das Vertrauen in die Medien – also in die Professionalität der Journalistinnen und Redaktionen zumindest der jeweils bevorzugten Kanäle –, sondern auch um das vermittelte Vertrauen in die politischen Institutionen insgesamt. Damit aber sind Rufe wie »Lügenpresse« u.ä. in ihrer Anlage ein existentielles Problem für die Demokratie. Gelingt es den Medien nicht, Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei der Mehrheit der Bürgerinnen dauerhaft zu festigen, ist es auch mit der Stabilität des politischen Systems insgesamt nicht weit her. Um es vorweg zu nehmen: Am Abgrund steht die Demokratie in der Bundesrepublik derzeit nicht. Aber dennoch stellt sich die Frage, wie es um das Vertrauen in die Medien und damit ihre Legitimationsfunktion für die Demokratie steht.

Seit 2002 werden durch die Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismus-Studien zwischen 2.000 und 5.000 Personen im zweijährigen Rhythmus befragt (1). Für die Erhebung im Jahr 2016 waren es 2.420 Befragte. Die Beschreibung des methodischen Vorgehens, der Fragebögen und die soziodemografischen Merkmale der Stichprobe sind andernorts veröffentlicht (2). Der Hauptfokus der Langzeitreihe liegt auf der Verbreitung der rechts-extremen Einstellung in der deutschen Bevölkerung sowie auf für die Verbreitung verantwortlichen Einflussfaktoren. Dabei lassen sich die Konturen einer autoritären Dynamik herausarbeiten, die letztlich auf die Ablehnung demokratischer Grundprinzipien hinausläuft. 2016 ist zusätzlich zu den im Zeitverlauf erhobenen politischen Einstellungen das Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen sowie die Glaubwürdigkeit der

Medien mit erhoben worden. Die folgende Zusammenfassung beruht auf einer Auswertung für die Otto-Brenner-Stiftung, die in einem Arbeitspapier gesondert veröffentlicht wurde (3).

Polarisierung und Radikalisierung am rechten Rand

Schlagzeilen machten seit 2015 die »Lügenpresse«-Rufe auf den Pegida-Demonstrationen und auch AfD-Politikerinnen nutzen den Schmähruf gerne. Der Begriff ist allerdings älter, reicht zurück ins 19. Jahrhundert und wurde von Erzkonservativen und Nationalsozialisten sowie später von Neonazis zur Verächtlichmachung der liberalen Öffentlichkeit genutzt. Heute begünstigen Konzentrationsprozesse, Kosten- und Zeitdruck in den Redaktionen, die Macht der Unternehmens- und staatlichen PR-Abteilungen sowie die Nähe zwischen Journalist/innen und Beobachteten (4) ein verbreitetes Misstrauen gegenüber »den« Medien und damit auch die Benutzung des Begriffs. Die angeführten Probleme sind nicht von der Hand zu weisen und im Sinne einer demokratischen Öffentlichkeit selbst zu adressieren. Gefährlich für die Demokratie ist also gleichermaßen die Schwächung der demokratischen Öffentlichkeit und ihrer Kanäle, als auch die Entwicklung eines über begründete Kritik hinausgehenden Misstrauens in die und Hass auf die Medien.

Gerade im Internet und hier in den sozialen Medien findet neben Wut und Hass die Verachtung gegenüber der Demokratie im Allgemeinen und »den« Medien im Besonderen einen Resonanzraum. Dafür ist das Bild der Filterblasen gewählt worden (5): Die sozialen Medien ermöglichen es User/innen, nur noch jene Informationen zu konsumieren, die – sei es selbst gewählt oder durch Algorithmen gefiltert – zu ihrem schon existierenden Weltbild passen. Grundsätzlich begünstigt das Internet zwar den Zugang zu einer ungemeinen Bandbreite an Informationen. In der Praxis scheint aber eher das Gegenteil zu passieren: Die demokratische Öffentlichkeit zerfällt in deutlich voneinander abgegrenzten Teilöffentlichkeiten.

Folgende Fragen stellen sich für eine empirische Untersuchung. Zum einen sollten unterschiedliche Nutzungsarten der Medien sowie die Glaubwürdigkeit der einzelnen Medien erfasst werden. Zweitens sollte die besondere Rolle internetbasierter, oft noch als »neu« apostrophierter Medien in den Blick gerückt werden. Schließlich ist nach dem Zusammenhang zwischen Medienvertrauen und Demokratie zu fragen.

Zu den wichtigsten Informationsquellen gehören in Deutschland nach wie vor die Tageszeitungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Dabei gibt es weniger Unterschiede nach Bildungsgrad als nach Alter. Junge Menschen nutzen deutlich häufiger (nur) das Internet als Informationsquelle, während die klassischen Medien von den über 60-Jährigen am häufigsten frequentiert werden. Veränderungen der Medienlandschaft – insbesondere die zunehmend wichtige Rolle des Internets und sozialer Medien als Verbreitungskanäle – dürften somit erst am Anfang stehen. Bei der Nutzung des Internets und von Tageszeitungen gibt es keine Ost-West-Unterschiede, nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk erreicht in Ostdeutschland mehr Menschen als im Westen.

Wie steht es aber um die Glaubwürdigkeit der Medien? Im Auftrag der Europäischen Union wird seit 2000 das Vertrauen in die Presse untersucht. In der jüngsten Untersuchung von 2017 zeigte sich, dass mit 55,7 Prozent der Bevölkerung so viele Menschen wie noch nie den Medien vertrauen. Dem stehen 38,8 Prozent gegenüber, die den Medien misstrauen. Das ist der höchste Vertrauensvorschuss seit Beginn der Untersuchung (6). Auch in unserer Studie von 2016 wurde deutlich: Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen (Parteien, Bundesregierung, Gerichte etc.), genießen der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tageszeitungen mit das höchste Vertrauen (7). Es stellt sich also auch die Frage: Ist alles halb so schlimm mit dem Gerede von der Lügenpresse, von Vertrauensverlust und Gefahr für die Demokratie?

Zur Beantwortung dieser Frage ist eine tiefergehende Betrachtung notwendig. Am höchsten wird erwartungsgemäß die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Tageszeitungen eingeschätzt, insbesondere von jenen Befragten, die beide Kanäle nutzen. Das Misstrauen gegenüber Berichten im Internet ist dagegen generell hoch, selbst bei jenen, die ihre Informationen ausschließlich über das Internet beziehen. Kontrastiert man beide Befunde – Glaubwürdigkeit der Öffentlich-Rechtlichen und der Tageszeitungen im Gegensatz zum Misstrauen gegenüber dem Internet – muss konstatiert werden: Es gelingt letzterem nicht, Glaubwürdigkeit zu generieren. Umso erstaunlicher ist es, dass es doch von 12,4 Prozent der Befragten ausschließlich genutzt wird, um sich politisch zu informieren – selbst von ihnen glaubt aber nur etwas mehr als ein Drittel das, was sie dort lesen. Die vertrauensbildende Funktion des Mediums Internet steht jedenfalls in Frage.

In puncto Glaubwürdigkeit gibt es außerdem soziodemographische Unterschiede, z.B. ist das Vertrauen in Ostdeutschland insgesamt geringer ausgeprägt: In Ost- und West-Deutschland halten jeweils 50 % der Befragten die Boulevardpresse nicht für glaubwürdig, knapp 40 % nur teilweise. In Westdeutschland schätzen allerdings jeweils 10 Prozent mehr Befragte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und 13 Prozent mehr die Tageszeitungen als glaubwürdig ein als in Ostdeutschland. Die Differenz ist beim privaten Rundfunk nicht so groß, mit rund 6 Prozent aber noch bemerkenswert. Demgegenüber hält in Ostdeutschland ein Viertel der Befragten das Internet für glaubwürdig, während es im Westen nicht einmal jeder Fünfte ist. Sowohl in der Gruppe derjenigen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unglaubwürdig halten, als auch in der Gruppe derjenigen, die Tageszeitungen für unglaubwürdig halten, sind jeweils rund zehn Prozent mehr Ostdeutsche als Westdeutsche. Komplementär ist dann auch die fehlende Glaubwürdigkeit bei Informationen aus dem Internet. Rund ein Drittel der Westdeutschen hält dieses Medium explizit für unglaubwürdig, während dies im Osten nur ein Fünftel so einschätzt.

Die eigene sozioökonomische Lage hat ebenfalls Einfluss auf die Wahrnehmung der Glaubwürdigkeit. Unter Arbeitslosen finden sich deutlich weniger, die den Medien Glauben schenken. Nicht einmal jeweils 40 Prozent halten Informationen aus den öffentlich-rechtlichen Medien oder den Tageszeitungen für glaubwürdig. Bei Berufstätigen trifft dies auf jeweils über die Hälfte der Befragten zu. Im Vergleich zu Berufstätigen sind Arbeitslose aber deutlich weniger misstrauisch gegenüber politischen Informationen aus dem Internet – interes-

terweise ist demgegenüber das Vertrauen jedoch nicht bemerkenswert größer. Außerdem beschreiben jene, die den Medien glauben, nur rund zehn Prozent ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht, während dieser Prozentsatz bei den Misstrauischen fast ein Drittel beträgt. Das kann wieder als Hinweis auf den Zusammenhang von Vertrauen in die öffentlichen Institutionen und Glaubwürdigkeit der Medien verstanden werden, da etwa die Verantwortung für eine schlechte nationale wirtschaftliche Lage bestimmten Institutionen der Politik zugewiesen werden kann. Außerdem zeigen neuere Forschungsergebnisse, dass sozial Schwächere bei den öffentlich diskutierten Themen schwächer repräsentiert sind, als Besserverdienende (8). Es existiert also eine Repräsentationslücke, die vermutlich die Vertrauensbildung beeinflusst: wer sich weniger gehört sieht, schenkt der öffentlichen Debatte auch weniger Vertrauen.

Demokratische Öffentlichkeit und Legitimation

Da das Medienvertrauen bei denjenigen, die sich ausschließlich im Internet über das politische Geschehen informieren, signifikant niedriger ist als bei denjenigen, die auch auf andere Medien zurückgreifen, muss davon ausgegangen werden, dass ein relevanter Anteil dieser Echokammer-Bewohner/innen Gefahr läuft, nicht mehr in das bestehende politische System integriert zu sein. Das Medium Internet stimuliert das Misstrauen in die Medien, auch in das Internet selbst. Dabei steigt die Verschwörungsmentalität, und es sinkt das Vertrauen in die repräsentative Demokratie, ihre Parteien und Institutionen.

Aufgrund der mutmaßlichen Zuweisung von Verantwortung für objektive wie subjektive Deprivationserfahrungen ist es im nächsten Schritt interessant zu betrachten, welche Parteien von den Misstrauischen präferiert werden. Hier schafft es die AfD, überdurchschnittlich viele Menschen an sich zu binden, die den Medien misstrauen. Die Nichtwähler stellen die zweitgrößte Gruppe mit geringem Vertrauen in die Medien. Passend dazu ist der Anteil der Personen mit Vorurteilen unter denen, die den Medien misstrauisch begegnen, auch relativ hoch. Die Bereitschaft zur Abwertung von Sinti und Roma wie auch von Muslimen/a ist in der gesamten Bevölkerung hoch, allerdings ist sie bei Menschen, die den Medien nicht trauen, deutlich ausgeprägter. In unserer Untersuchung konnten wir außerdem einen Zusammenhang zwischen rechtsextremen und gewaltbereiten Einstellungen der Befragten und der Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien nachweisen. In der repräsentativen Demokratie und ihren Parteien finden sich somit relevante Teile insbesondere der Internetintensivnutzer/innen sowie derjenigen, die die traditionellen Medien tendenziell für unglaubwürdig halten, derzeit offensichtlich nicht wieder.

Als Maß für das öffentliche Vertrauen kann die Einschätzung der Demokratie bewertet werden. Tatsächlich zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen, die den Medien sehr viel, teilweise oder gar keine Glaubwürdigkeit zugestehen. Umgekehrt sind jene, die die Medien für glaubwürdig halten, auch mit der Demokratie in Deutschland überdurchschnittlich zufrieden. Fragt man nach konkreten Institutionen des politischen Systems, zeigen sich Unterschiede: Der Zusammenhang von Vertrauen in die Polizei und Glaubwürdigkeit der Medien ist am schwächsten ausgebildet. Ähnlich verhält es sich bei den Kirchen, allerdings ist das ihnen entge-

engebrachte Vertrauen grundsätzlich eher schwach. Während das Vertrauen in Polizei, Kirchen und das Bundesverfassungsgericht von der Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Medien unabhängiger ist, hängt das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie (Parteien, Bundestag, Bundesregierung) deutlich stärker mit der Glaubwürdigkeit der Medien zusammen. Gewerkschaften und Justiz nehmen eine Mittelposition ein. Gerade der hohe Zusammenhang zwischen der Glaubwürdigkeit der Medien und dem Vertrauen in zentrale Institutionen der repräsentativen Demokratie (Bundesregierung, Bundestag und Parteien) macht jedoch den Stellenwert von glaubwürdigen Medien für das öffentliche Vertrauen deutlich und unterstützt die zu Beginn aufgestellten Erwartungen hinsichtlich der Wechselwirkungen beider Sphären.

Schlussfolgerungen

Folgendes Bild lässt sich zusammenfassend zeichnen: Die meisten Menschen nehmen an der demokratischen Öffentlichkeit teil, nutzen die Breite des Medienangebots und gestehen den angebotenen Nachrichten und Berichterstattungen grundsätzlich Glaubwürdigkeit zu. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tageszeitungen können sich bestärkt fühlen, ihren Informationsauftrag aus der Sicht der meisten ihrer Nutzer/innen glaubwürdig zu erfüllen. Der Anteil derjenigen, die sie für glaubwürdig halten, ist umso größer, je mehr die Menschen durch den Konsum mehrerer Kanäle diese miteinander abgleichen können. Aus diesem Kreis bildet sich die kritische Öffentlichkeit als notwendiges Element einer Demokratie.

Demgegenüber bestehen Milieus, die in Teilöffentlichkeiten von dieser gemeinsamen Debatte abgeschottet zu sein scheinen. Zudem hat sich – wie unsere Studie von 2016 zeigte – die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz bei autoritär Eingestellten erhöht und die AfD konnte in den rechtsautoritären Milieus Fuß fassen. Wählten rechts-extrem Eingestellte bei der Bundestagswahl 2013 noch zum Großteil SPD und CDU, so hat sich mit der AfD inzwischen eine politische Partei formiert, die diese Menschen – diskursive Möglichkeitsfenster wie die Euro-Krise und die Aufnahme von Geflüchteten geschickt ausnutzend – mobilisiert. Diese Polarisierung und Radikalisierung führen dabei zu einer regelrechten Bewegung von rechts. Die meistdiskutierte, heute weitestgehend bedeutungslose Gruppierung war Pegida, deren Parole »Lügenpresse« nicht zufällig einen Begriff aufgreift, der die Medien als Teil der Demokratie verächtlich macht. Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang die AfD, neurechte Theoretiker und Publizisten, rechtsextreme Presseorgane und Onlineportale sowie Aktivisten aus dem verschwörungstheoretischen sowie dem rechtsextremen Milieu zu nennen. Diese Akteure betreiben die weitere Polarisierung der Öffentlichkeit und die Radikalisierung von Teilöffentlichkeiten, womit mittelfristig Vertrauensverluste für die Demokratie insgesamt einhergehen.

Anmerkungen

(1) Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016 eine Zusammenarbeit mit der Otto-Brenner-, der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018 mit der Otto-Brenner- und der Heinrich-Böll-Stiftung. Es handelt sich um nicht um eine Panelstudie, d.h. die Befragten werden jedes Jahr neu zufällig ausgewählt.

(2) Decker, Kiess und Brähler 2016

(3) Decker et al. 2017

(4) Krüger 2013

(5) Pariser 2011

(6) Otto und Köhler 2017

(7) Decker, Kiess und Brähler 2016: 60

(8) Elsässer, Hense und Schäfer 2017

Literaturhinweise

Decker, Oliver, Johannes M. Kiess und Elmar Brähler, Hrsg. 2016. Die enthemmte Mitte: autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger "Mitte"-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Alexander Yendell, Johannes M. Kiess und Elmar Brähler. 2017. "Polarisiert und Radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie." OBS Arbeitspapier 27. Otto-Brenner-Stiftung.

Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin Schäfer. 2017. "'Dem Deutschen Volke'? Die ungleiche Responsivität des Bundestags." Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2): 161–80.

Krüger, Uwe. 2013. Meinungsmacht: Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten: Eine kritische Netzwerkanalyse. Reihe des Instituts für praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung (IPJ) 09. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Otto, Kim und Andreas Köhler. 2017. "Medienvertrauen so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr." European Journalism Observatory. <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/medienvertrauen-so-hoch-wie-seit-15-jahren-nicht-mehr>. (abgerufen am 16.02.2019)

Pariser, Eli. 2011. The Filter Bubble: What the Internet is hiding from you. New York: Penguin Press.

Autorin

Dr. Johannes M. Kiess ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Siegen. Er forscht zu Rechtsextremismus, Europa, Partizipation und politischer Ökonomie (industrielle Beziehungen und Framing).

Kontakt

Universität Siegen

Dr. Johannes M. Kiess

Adolf-Reichwein-Str. 2

57068 Siegen

Tel.: 0 271 / 740 2750

Fax: 0271 / 740 4501

E-Mail: kiess@soziologie.uni-siegen.de

Web: www.uni-siegen.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de